

Titel der Drucksache:

**Antrag der Fraktion Mehrwertstadt zur Drucksache 0160/26 - Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern**

Drucksache	0202/26
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	<b>0160/26</b>
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	28.01.2026	öffentlich	Entscheidung

## Änderungs/Ergänzungsantrag

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

01

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt kritisiert die Schließung des erfolgreichen Erfurter Zalando Standorts mit mehr als 2700 direkt betroffenen Beschäftigten. Die kurzfristige angestrebte vollständige Schließung bis Ende September wäre ein Vertrauensbruch gegenüber den Beschäftigten und gegenüber der Wirtschaftsregion.

Der Stadtrat erwartet von Zalando Logistics SE & Co. KG die nötige Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten und örtlichen Geschäftspartnern zu übernehmen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen, den Bundesbehörden, den Gewerkschaften und dem Betriebsrat auf die Zalando Logistics SE & Co. KG entsprechend einzuwirken, um unverzüglich folgende Alternativen zur Komplettschließung zu prüfen und auszuarbeiten:

- Fortführung des Betriebs unter Erhalt von so vielen Arbeitsplätzen wie möglich,
- Aufbau einer Transfergesellschaft mit qualifizierten Arbeitsplätzen in der Region,
- Aufbau und Finanzierung eines regionalen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramms über gesetzliche Mindeststandards hinaus, sowie
- Interne Versetzungen der Beschäftigten an andere Standorte der Zalando Logistics SE & CO. KG mit Umzugskostenerstattung und Wohnkostenzuschüssen,

Der Stadtrat unterstützt ausdrücklich die Forderungen des Betriebsrats nach einem großzügigen Sozialplan (inklusive Abfindungen über gesetzliche Standards, Outplacement-Programmen und Versetzungsangeboten).

03

Der Stadtrat würdigt die bisherige Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort als wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in Erfurt. Es ist ein Ziel der Stadt, die Voraussetzungen zu schaffen, diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zukünftig eine gute Arbeit in Erfurt und darüber hinaus zu ermöglichen. Der Oberbürgermeister wird dazu beauftragt sich aktiv in Gespräche zur Fortführung, Erweiterung und Neuansiedlung von Gewerbe, Handwerks- und Industrieunternehmen in Erfurt zu begeben sowie mit andern Arbeitgebern die Übernahme von Beschäftigten vorzubereiten.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass sich die Neu-Ansiedlung in Erfurt künftig auf Unternehmen fokussiert, die Mindestanforderungen an die Standortbindung sowie Tarifbindung und starke Mitbestimmungspraxis aufweisen sowie eine hohe Wertschöpfung in der Region erwarten lassen.

Der Oberbürgermeister wird weiter beauftragt, als Grundlage für künftige Ansiedlungen, dem Stadtrat zeitnah eine vollständige Übersicht aller städtischen und staatlichen Leistungen im Zusammenhang mit Errichtung und Betrieb des Zalando-Standorts zu übergeben.

05

Der Stadtrat beauftragt den Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen, in jeder Sitzung einen ständigen Tagesordnungspunkt „Zukunft des Zalando-Standorts“ zu behandeln.

Zu diesem Punkt sind der Betriebsrat, Gewerkschaften, Sachverständige (z. B. Arbeitsrechtler, Wirtschaftsförderer) sowie weitere Vertreter der betroffenen Beschäftigten einzuladen. Der Ausschuss prüft zudem Konzepte zur schnellen Nachnutzung der Zalando-Gebäude (z. B. Logistik-Übernahmen, Mittelstand, grüne Produktion) und lädt Investorenscouting-Experten ein.

Über den Tagesordnungspunkt und die Ergebnisse ist die Öffentlichkeit zu informieren.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende konkrete Solidaritätsmaßnahmen für die Beschäftigten, ihre Angehörigen und örtlichen Geschäftspartner zu ergreifen und zeitnah umzusetzen:

- Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle (Sozial-, Rechts- und Karriereberatung, psychosoziale Unterstützung) in Kooperation mit Gewerkschaften, Beratungsstrukturen und Jobcenter
- Aktive Vermittlung neuer Jobs durch städtische Wirtschaftsförderung (Ansprache regionaler Unternehmen für Übernahmen/Anschlussbeschäftigungen),
- Kontaktaufnahme zu bestehenden Beratungsstrukturen und Prüfung, inwiefern kostenfreie fachliche und mehrsprachige arbeitsrechtliche Erstberatung stattfinden kann (z. B. zu Kündigungsschutz, Sozialplan, Abfindungen) in Kooperation mit Gewerkschaften, Anwaltsvereinigungen und Verbraucherzentrale – inklusive mobiler Beratung am Standort,
- Forderung an die Bundesagentur für Arbeit: Die Folgen der Zalando-Schließung (z. B. Qualifizierungen, Umschulungen, Transfermaßnahmen) ausschließlich durch zusätzliche Mittel zu finanzieren, ohne Einschränkung des Budgets für andere hilfsbedürftige Personen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dies gegenüber BA Thüringen-Mitte und Bundesarbeitsministerium zu vertreten,
- Prüfung und Einrichtung eines Härtefallfonds (mit Land).

### **Sachverhalt:**

Zalando, eines der größten europäischen E-Commerce-Unternehmen, hat am 7. Januar 2026 die komplette Schließung ihres Logistikzentrums in Erfurt zum 30. September 2026 angekündigt.

Diese Entscheidung betrifft rund 2.700 bis 3.000 Beschäftigte und ihre Familien sowie zahlreiche lokale Geschäftspartner und Zulieferer.

Der Standort Erfurt wurde im Jahr 2012 mit umfangreicher öffentlicher Unterstützung aufgebaut. Die Stadt Erfurt und das Land Thüringen haben über 22 Millionen Euro an Fördermitteln, Steuererleichterungen und infrastrukturellen Investitionen in die Errichtung und den Betrieb des Standorts eingebracht. In den letzten 13 Jahren hat sich Zalando als einer der größten privaten Arbeitgeber Erfurts etabliert.

Die plötzliche Ankündigung der Komplettschließung ohne vorherige Ankündigung oder Verhandlungen mit Stadt, Land und Arbeitnehmern zeigt mangelnde Verantwortung gegenüber der Region, den Beschäftigten und ihren Familien.

Der Beschlussvorschlag basiert auf mehreren Säulen:

1. Soziale Verantwortung: Zalando hat eine Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten. Der Antrag fordert einen großzügigen Sozialplan, der über gesetzliche Mindeststandards hinausgeht, sowie aktive Alternativen zur Komplettschließung.
2. Öffentliche Investitionen und Gegenleistungen: Über 22 Millionen Euro öffentlicher Mittel wurden investiert. Diese Investitionen waren an implizite und explizite Erwartungen von Standorttreue und Beschäftigungswirkung geknüpft. Der Antrag fordert Transparenz über diese Mittel und prüft Rückforderungsoptionen.
3. Förderpolitik als Instrument: Künftige Wirtschaftsförderung muss an klare Bedingungen geknüpft werden – Mindeststandortbindung, Tarifbindung und Mitbestimmung. Dies schützt die Steuerzahler und verhindert Wiederholungsfälle.
4. Arbeitsmarktpolitik ohne Nullsummen-Logik: Solidarität mit Zalando-Beschäftigten darf nicht zu Lasten anderer hilfsbedürftiger Personen gehen. Die Bundesagentur für Arbeit muss zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Konkrete Ziele und Wirkungen

Soforthilfe für Betroffene:

- Kostenfreie Rechtsberatung und psychosoziale Unterstützung reduzieren individuelle Unsicherheit.
- Ein Härtefallfonds hilft besonders vulnerablen Gruppen (z. B. mit Familien, längere Wege zu neuer Arbeit).
- Zentrale Beratungsstelle mit mobiler Außensprechstunde macht Unterstützung niedrigschwellig erreichbar.

Druck auf Zalando:

- BP 02 fordert konkrete Alternativen (Versetzungen, Transfergesellschaft, Qualifizierung) statt Komplettschließung.
- Betriebsrat und Gewerkschaften werden politisch gestärkt und unterstützt.
- Transparenzanforderungen (BP 03, BP 04) ermöglichen öffentliche Debatten und Rechtsdurchsetzung.

Langfristige Systemänderung:

- Förderkonditionalität (Standortbindung, Tarifbindung) verhindert zukünftige „Hit-and-Run“-Strategien von Unternehmen.
- Ständiger Ausschuss-TOP mit öffentlichem Protokoll schafft demokratische Kontrolle und Transparenz.
- Nachnutzungskonzepte verhindern Brachflächen und eröffnen neue Arbeitsplätze.

Faire Arbeitsmarktpolitik:

Die Forderung an die Bundesagentur für Arbeit, die Schließungsfolgen zusätzlich zu finanzieren,

beruht auf dem Fairnessgedanken, dass Qualifizierungs- und Transfermaßnahmen für 2.700+ Menschen nicht zu Lasten von anderen arbeitssuchenden und qualifizierungswilligen Personen gehen dürfen. Dies ist besonders in Zeiten von Fachkräftemangel und Lebensarbeitsplatz-Debatten wichtig.


Zeitraumen und Umsetzung:

Die Maßnahmen müssen bis zum 30. September 2026 (Schließungsdatum) umgesetzt oder eingeleitet werden, um für die Beschäftigten praktische Wirkung zu haben. Der ständige Ausschuss-TOP schafft verbindliche Kontrolle und Kontinuität.

---

**Anlagenverzeichnis**

---

22.01.2026, gez. i. A. 

Datum, Unterschrift

---